

## Senatsbeschlüsse

über die 185. Sitzung des Senats

am 13.11.2018, 12:30 Uhr

4528.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 06. bis 08.11.2018

---

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 6. bis 8. November 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

### **Stadtbürgerschaft am 6. November 2018**

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 7. November 2018)

### **Nr. 19/556 S**

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 26. April 2018  
(Drucksache [19/769 S](#))
2. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen  
Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. August 2018  
(Drucksache [19/832 S](#))
3. Erbpacht statt Veräußerung nutzen, um Immobilienerstellungskosten nachhaltig zu reduzieren – Ein neuer Weg zum bezahlbaren Wohnraum?  
Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 7. September 2018  
(Drucksache [19/837 S](#))  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/867 S](#))
4. Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/839 S](#))

5. Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten  
Mobilität?

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 2. Oktober 2018  
(Drucksache [19/852 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/557 S**

### **Fragestunde**

1. Schwimmunterricht in der Grundschule von der 3. auf die 2. Klasse  
vorziehen?  
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner, Dr.  
Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.  
September 2018
2. Sozial differenziertere Eintrittspreise an den Bremer Bädern zur  
Erhöhung der Schwimmkompetenz bei Kindern und Jugendlichen  
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner, Dr.  
Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.  
September 2018
3. Flächensuche für den Neubau einer Sporthalle für die Oberschule im  
Park  
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom  
25. September 2018
4. Polizeieinsatz Frauendemo 7. Juli 2018  
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 26.  
September 2018
5. Haltestelle Bardenflethstraße – ein Relikt aus alten Zeiten?  
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Ralph Saxe, Dr. Maike  
Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September  
2018
6. Aktueller Planungsstand zur Bildungsakademie  
Anfrage der Abgeordneten Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2018
7. Umsetzung des Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit  
mehrfacher oder geistiger Behinderung

Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 27. September 2018

8. Stand Einrichtung der Elite-Schule des Sports

Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhkert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 27. September 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Zustand der Sporthalle In der Vahr

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. September 2018

10. Zwischenbilanz des Projektes „Herbsthelfer“

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2018

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/558 S**

**Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/559 S**

**Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 5. November 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Entwicklungssatzung 1204 über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen  
- An der kleinen Geest

- Vor den Ahnewelgen
- Landschaftsschutzgebiet
- Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/783 S](#) vom 22. Mai 2018)  
(Drucksache [19/855 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Entwicklungssatzung 1204.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Bekanntmachung der Entwicklungssatzung 1204 und deren Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. 9. Ortsgesetz zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahnlinie Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/840 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. 24. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/844 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Licht in dunkle Gassen bringen – Mehr Sicherheit durch mehr Sichtbarkeit

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 29. Oktober 2018  
(Drucksache [19/860 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. öffentliche Orte in der Stadt, die in der Dunkelheit nicht oder nur unzureichend ausgeleuchtet sind, unter Einbeziehung der Stadtteilbeiräte zu identifizieren und zu benennen;
2. an diesen Örtlichkeiten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Beleuchtungskonzepte für eine ausreichende Ausleuchtung in der Dunkelheit zu entwickeln;
3. der städtischen Deputation für Inneres sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/560 S**

**Spezielle Bedürfnisse erkrankter Obdachloser und Wohnungsloser in bestehenden Einrichtungen durch eine „Krankenstube“ besser berücksichtigen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 27. September 2018  
(Drucksache [19/850 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. konzeptionell sicherzustellen, dass in bestehenden Einrichtungen eine auf die speziellen Bedürfnisse von vorübergehend erkrankten beziehungsweise sich in der Genesungsphase befindenden Obdachlosen oder Wohnungslose ausgerichtete erweiterte Versorgung möglich ist; um gegebenenfalls bestehende Zugangsschwellen für Obdachlose oder wohnungslose Menschen zu senken, wäre hierbei auch zu überprüfen, ob für solche Fälle bestehende Einrichtungsrestriktionen in Bezug auf Tierhaltung gelockert werden können;
2. über den Umsetzungsstand binnen drei Monaten nach Beschlussfassung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend

und Integration und der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend) und an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/561 S**

**Modellprojekt „Krankenstube“ mit krankenflegerischer Betreuung für schwer erkrankte obdach- und wohnungslose Menschen an einem festen Standort prüfen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 30. Oktober 2018  
(Drucksache [19/863 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/562 S**

**Badespaß für alle – Teilhabe durch faire Eintrittspreise!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/843 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/563 S**

**Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt stärken – gebührenfreies Parken für die ersten zwei Stunden**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 25. Oktober 2018  
(Drucksache [19/859 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:  
Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/564 S**

**Die Innenstadt durch eine vernetzte Mobilitätsplattform  
wettbewerbsfähiger machen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. November 2018  
(Drucksache [19/865 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:  
Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/565 S**

**Musikschule Bremen und Bremer Volkshochschule zusammenführen**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 13. Juni 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/780 S](#) vom 17. Mai 2018)  
(Drucksache [19/801 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:  
Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/566 S**

**Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit  
(sexualisierten) Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 18. Mai 2018  
(Drucksache [19/781 S](#))

Dazu  
Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 19. Juni 2018  
(Drucksache [19/805 S](#))  
und

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/870 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag (Drucksache 19/805 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag (Drucksache 19/870 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ ein Konzept zu erstellen, wie

- a) die bisherige Förderungspraxis der Frauenhäuser in der Stadt Bremen auf eine institutionelle Teilförderung umgestellt werden kann, mit welcher für die nach dem SGB oder dem AsylbLG anspruchsberechtigten Frauen, welche ihren letzten Aufenthaltsort in Bremen haben, die bisherige einzelfallbezogene Tagessatzabrechnung ersetzt wird.
- b) die bisherige Förderpraxis der Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit (sexualisierten) Gewalterfahrungen in freier Trägerschaft auf eine institutionelle Förderung umgestellt werden kann.

Das Konzept ist der Stadtbürgerschaft drei Monate nach Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 19/567 S**

### **Mit dem Rad zur Arbeit fahren**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 5. Juni 2018  
(Drucksache [19/790 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. eine Überprüfung der Radwegebeziehungen der großen Industrieunternehmen und Gewerbegebiete zu den Wohnorten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bremen sowie den Quellgebieten der Pendlerinnen und Pendler im Rad/Pedelec/E-Bike-Radius unter anderem mit Hilfe der Bike Citizens App (WFB, bike it) vorzunehmen,



2. auf dieser Basis die bisherigen Planungen in Bezug auf den Fahrradverkehr hinsichtlich der Sanierung und des Ausbaus der Radwegenetze zu priorisieren und insbesondere bei der Planung der Rad-Premiumrouten auch die Anbindung von Werkstoren einzubeziehen und
3. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bis zum Jahresende 2018 über die Ergebnisse und erforderlichen Neujustierungen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 19/568 S**

##### **Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 31**

vom 14. September 2018  
(Drucksache [19/846 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen – mit Ausnahme der Petitionen S 19/ 324 und S 19/335 – wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/569 S**

##### **Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 32**

vom 26. Oktober 2018  
(Drucksache [19/861 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/570 S**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Entwicklung des Theaters Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 30. Mai 2018  
(Drucksache [19/786 S](#))  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 7. August 2018  
(Drucksache [19/824 S](#))
2. Das Theater stärken - das Publikum einbeziehen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 30. Oktober 2018  
(Drucksache [19/862 S](#))
3. Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 13. August 2018  
(Drucksache [19/825 S](#))
4. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter  
Mitteilung des Senats vom 14. August 2018  
(Drucksache [19/827 S](#))  
Dazu  
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. November 2018  
(Neufassung der Drucksache 19/848 S vom 24. September 2018)  
(Drucksache [19/871 S](#))
5. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter  
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte  
vom 21. September 2018  
(Drucksache [19/847 S](#))
6. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen  
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 14. August 2017  
(Neufassung der Drucksache [19/549 S](#) vom 8. August 2017)  
(Drucksache [19/559 S](#))
7. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen  
Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 14. September 2018  
(Drucksache [19/841 S](#))

8. Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2018  
(Drucksache [19/778 S](#))
9. Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben  
Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 28. September 2018  
(Drucksache [19/851 S](#))
10. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 9. Oktober 2018  
(Drucksache [19/853 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Bürgerschaft (Landtag) am 7. November 2018**

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats am 8. November 2018)

### **Nr. 19/1130**

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP  
vom 29. Mai 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)  
(Drucksache [19/1692](#))
2. Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank  
Bericht des staatlichen Controllingausschusses  
vom 20. August 2018  
(Drucksache [19/1776](#))
3. Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?  
Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 21. August 2018  
(Drucksache [19/1787](#))  
D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/1896](#))

4. Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1823](#))

5. Potenziale der Binnenschifffahrt stärker nutzen

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1824](#))

6. Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1829](#))

7. Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 26. September 2018  
(Drucksache [19/1847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/1897](#))

8. Zukunft des Landesmindestlohns

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 26. September 2018  
(Drucksache [19/1848](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1131**

**Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Nelson Janßen, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr in Bremen und Bremerhaven statt immer neuer Preiserhöhungen“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1132**

### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 5. November 2018  
Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des § 3 des Gesetzes über die Deputationen  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und  
Geschäftsordnungsausschusses  
vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1814](#))  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an die europäische Datenschutz-Grundverordnung  
Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1817](#))  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1828](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1860](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Trend zu immer mehr Einweggetränkeverpackungen stoppen – Das Mehrwegsystem stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 18. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1866](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Anpassung des Akteneinsichtsrechts nach § 4a der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft an Artikel 99 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und  
Geschäftsordnungsausschusses  
vom 22. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1868](#))

§ 4a der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 1. Juli 2015 und den Änderungen vom 22. Juli 2015, 23. September 2015, 21. April 2016, 14. Dezember 2016, 15. Dezember 2016 und 26. September 2018 wird wie folgt geändert:

#### § 4a Akteneinsicht

(1) Die Abgeordneten sind berechtigt, alle Akten und Unterlagen einzusehen, die sich in der Verwahrung der Bremischen Bürgerschaft befinden, soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder diese Geschäftsordnung dem entgegenstehen. Akten und Unterlagen von Untersuchungsausschüssen, der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission können nur von den Mitgliedern sowie im Verhinderungsfalle von den stellvertretenden Mitgliedern und im Falle der Parlamentarischen Kontrollkommission auch von den ständigen Gästen nach § 27 Absatz 1 Satz 3 Bremisches Verfassungsschutzgesetz eingesehen werden. Für Untersuchungsausschüsse gilt dies nur bis zum Abschluss der Untersuchungstätigkeit und Berichterstattung gegenüber der Bremischen Bürgerschaft. Soweit es für seine Arbeit erforderlich ist, kann der Untersuchungsausschuss Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Untersuchungsausschusses, der Bürgerschaftsverwaltung und der Fraktionen im Untersuchungsausschuss die Einsichtnahme gestatten.

(2) Die Einsichtnahme in persönliche Akten und Abrechnungen, die bei der Bremischen Bürgerschaft über Abgeordnete geführt werden, ist nur den betreffenden Abgeordneten gestattet. Andere Personen können solche Unterlagen nur mit Genehmigung der Präsidentin oder des Präsidenten und der betreffenden Abgeordneten einsehen. Das Gleiche gilt für ehemalige Abgeordnete.

(3) Die Akteneinsicht wird in den Räumen der Bremischen Bürgerschaft gewährt. Den Abgeordneten können Kopien der eingesehenen Akten und Unterlagen in schriftlicher oder elektronischer Form überlassen werden. Zur Einsichtnahme außerhalb des Hauses der Bremischen Bürgerschaft werden die Akten, soweit der Geheimschutz dem nicht entgegensteht, nur an die Vorsitzenden sowie die Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) der Ausschüsse für ihre Arbeit, im Vertretungsfalle an deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter, herausgegeben. Die Präsidentin oder der Präsident kann Ausnahmen zulassen.

(4) Durch die Akteneinsicht darf die Arbeit der Bremischen Bürgerschaft, ihrer Ausschüsse und sonstigen Gremien nicht behindert werden. Die Präsidentin oder der Präsident kann die Einsichtnahme im Einzelfall mit Auflagen versehen oder versagen, wenn schutzwürdige Belange betroffen sind.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes – Neugestaltung des Aufnahmeverfahrens an Grundschulen

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2018

(Drucksache [19/1872](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

8. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen

Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 2018

(Drucksache [19/1887](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

### **Nr. 19/1133**

**Der Senat muss Verantwortung für beide Kommunen des Landes Bremen übernehmen – Sanierungsvereinbarung und Finanzaufweisungsgesetz aufgaben- und kostenadäquat erneuern!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1825](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.



Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1134**

**Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein Sofortprogramm**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1616](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1135**

**Beschäftigungssituation der studentischen Hilfskräfte**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1680](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. August 2018

(Drucksache [19/1782](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1136**

**Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräfte verbessern und Tarifvertrag verhandeln**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 30. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1885](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1137**

**Mutterschutz von Anfang an**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. April 2018  
(Drucksache [19/1618](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass mutterschutzrelevante Gesichtspunkte, wie das „Vorhalten schwangerengerechter Arbeitsplätze“ und ein „stillfreundlicher Betrieb“, zukünftig berücksichtigt werden bei der Vergabe von Siegeln und Zertifikaten, die eine Familienfreundlichkeit oder gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie bescheinigen, wie zum Beispiel dem Siegel „Unternehmerisch denken – Familienfreundlich handeln“, (Siegel für familienfreundliche Unternehmen im Land Bremen) oder das Audit Beruf und Familie;
2. eine Informationskampagne insbesondere für den öffentlichen Dienst im Bereich Kita und Schule zu entwickeln, die aufzeigt, wie die Ausübung der Berufstätigkeit während einer Schwangerschaft bis zum Erreichen der Mutterschutzfrist möglich ist;
3. für Schülerinnen und Schüler der Fachschulen für Sozialpädagogik, für Referendarinnen und Referendare im Schulbereich und für Beschäftigte, die in den Bereichen Erziehung, Bildung und Pflege arbeiten, Impfberatung vorzuhalten sowie Impfangebote vorzustellen und zu bewerben sowie gegebenenfalls die Kostenübernahme zu gewährleisten, damit schwangere Beschäftigte vor eventuellen Ansteckungen – auch durch Kolleginnen und Kollegen – geschützt werden und sie ihrer Tätigkeit beziehungsweise Ausbildung bis zum Mutterschutz nachgehen können;
4. dem Gleichstellungsausschuss sowie der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz binnen eines Jahres über die Umsetzung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1138**

**Versorgungs- und Rechtssicherheit für Medizinalhanf-Patientinnen und Medizinalhanf-Patienten**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. April 2018  
(Drucksache [19/1628](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
  - a. die Versorgungsengpässe bei Medizinalhanf in Deutschland unverzüglich behoben werden,
  - b. die Vergabekriterien, insbesondere dabei das Erfahrungskriterium, bei der Lizenzvergabe für den Medizinalhanf-Anbau so zu verändern, dass der Anbau in Deutschland auch durch hiesige Unternehmen erbracht und entsprechend der steigenden Zahl deutscher Cannabis-Patientinnen und -Patienten ausgeweitet werden kann,
  - c. die Krankenkassen verpflichtet werden, die Therapiefreiheit und Therapieverantwortung der Ärztinnen und Ärzte zu respektieren und nur in begründeten Einzelfällen die Kostenübernahme zu verweigern,
  - d. insbesondere Patientinnen und Patienten, die bereits vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen eine Ausnahmegenehmigung erhalten hatten, einen Anspruch auf Kostenerstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen erhalten,
  - e. bestehende Rechtsunsicherheiten für Cannabis-Patientinnen und -Patienten, insbesondere im Strafrecht und im Fahrerlaubnisrecht, ausgeräumt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zu gesetzlichen Neuregelungen auf Bundesebene für Medizinalhanf-Patientinnen und -Patienten auf eine möglichst einheitliche, verlässliche und transparente Anwendung der geltenden Regelungen, insbesondere im Strafrecht und im Fahrerlaubnisrecht, in Bremen und Bremerhaven hinzuwirken.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und an den Senator für Justiz und Verfassung, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit und an den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1139**

**Wie hoch ist der Investitionsstau in den Kliniken des Landes Bremen?**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/1659](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1756](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1140**

**Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts**

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1826](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1141**

**Aufstiegsfortbildungen stärker mit dem Studium gleichstellen –  
„Meisterprämie“ im bremischen Handwerk einführen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 24. Januar 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1439](#) vom 6. Dezember 2017)  
(Drucksache [19/1497](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1142**

**Aufstiegsfortbildungen stärker mit dem Studium gleichstellen –  
„Meisterprämie“ im bremischen Handwerk einführen**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 14. September 2018  
(Drucksache [19/1822](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um ein Konzept zur Einführung einer „Aufstiegsfortbildungs-Prämie“ ab 1. Januar 2019 im Sinne der in der Drucksache genannten „Variante 3“, das im Sinne des Gleichbehandlungs-Grundsatzes branchenübergreifend alle im Rahmen des AFBG förderfähigen Aufstiegsfortbildungen umfasst.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1143**

**Junge Geflüchtete in der Ausbildung nicht benachteiligen!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1881](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Erlass zu erarbeiten, um im Rahmen der Härtefallregelung nach § 22 Absatz 1 Satz 2 SGB XII jungen Geflüchteten, für die alle anderen Finanzierungswege rechtlich ausgeschlossen oder nicht bedarfsdeckend sind, eine besondere Härte gleich zu Beginn einer Berufsausbildung oder eines Studiums zuzuerkennen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend) und an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, an die Senatorin für Kinder und Bildung sowie an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1144**

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 32  
vom 26. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1884](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Bürgerschaft (Landtag) am 8. November 2018**

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats am 9. November 2018)

**Nr. 19/1145**

**Fragestunde**

1. Wohnungsstatus von Studierenden

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe  
BIW vom 20. September 2018

2. Betrug bei Führerscheinprüfungen  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018
3. Hilfe für pflegende Schulkinder  
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018
4. Wird die Unabhängigkeit der Patientenberatung durch Eigentümerwechsel zur Farce?  
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. September 2018
5. Lehrerarbeitsplätze in den Schulen  
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Birgit Bergmann, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. September 2018
6. Wann baggert die Baggerschute „Greenport 1“ endlich?  
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. September 2018
7. Linksextremes Banner der Werder-Fanggruppe „Caillera“  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. September 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Durchgängigkeit von Kindertageseinrichtungen  
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2018
9. Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Transplantationsgesetz im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2018
10. Abschiebung nach Haft  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2018
11. Ausnutzung des deutschen Familien- und Sozialrechts?  
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 26. September 2018
12. Zuspitzung bei Beschwerdelagen in Krankenhäusern  
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 26. September 2018
13. Ethnische Clans

Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. September 2018

14. Dienstleistungen der Senatspressestelle für politische Parteien

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Oktober 2018

15. Betroffenenauskunft nach § 10 Bundesmeldegesetz

Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 30. Oktober 2018

16. Kosten für Flüchtlinge in 2017

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 30. Oktober 2018

17. Einführung von „itslearning“

Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und die Fraktion der FDP vom 1. November 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1146**

**Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen**

Mitteilung des Senats vom 4. September 2018  
(Drucksache [19/1808](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1147**

**Hochschulübergreifende Kooperationen. Hemmnisse, Grenzen und Potenziale erkennen.**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 29. Mai 2018  
(Drucksache [19/1679](#))

D a z u



Mitteilung des Senats vom 14. August 2018  
(Drucksache [19/1769](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1148**

#### **Wassergewöhnung und Schwimmfähigkeit auf Badeseen erweitern**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1858](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1149**

#### **Soziale Ungleichheiten besser erkennen und entgegensteuern – Sozialindex schärfen und fortentwickeln**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1880](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Anpassung des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ vorzunehmen,
  - a. indem kleinteiligere Raumeinheiten auf Baublockebene neu definiert und festgelegt werden und damit eine neue Berechnungsgrundlage für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven geschaffen wird,
  - b. mit der das Ziel verfolgt wird zu prüfen, inwieweit die bisherigen Leitindikatoren als fachliche Bewertungsgrundlage ausreichend und ob diese nicht um weitere Indikatoren zu ergänzen sind,
  - c. die es ermöglicht, anhand der neuen Berechnungsgrundlage die Sozialindikatoren neu auszuwerten und in eine entsprechende Ressourcenermittlung und -ausstattung einfließen zu lassen;

2. darzustellen, wie die zukünftig neu definierten kleinteiligen Raumeinheiten außerhalb der bisher bestehenden WIN- und Soziale Stadt-Gebiete zusätzlich finanziert werden können;
3. der Bürgerschaft (Landtag) sechs Monate nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

### **Nr. 19/1150**

#### **Über den Wolken darf die Ausbeutung nicht grenzenlos sein!**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 1. November 2018  
(Drucksache [19/1893](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Bereichsausnahme auf Gründung eines Betriebsrates für im Flugbetrieb eingesetzter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Luftfahrtunternehmen durch die Aufhebung des § 117 des Betriebsverfassungsgesetzes nicht mehr vorsieht.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

### **Nr. 19/1151**

#### **Die bestehenden Notfallambulanzen durch Portalpraxen entlasten!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2018  
(Drucksache [19/1658](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1152**

### **Ambulante Notfallversorgung dauerhaft verbessern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. Juni 2018  
(Drucksache [19/1730](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Reform auf Bundesebene einzusetzen, die folgende Sachverhalte und Eckpunkte berücksichtigt:
  - a. Ziel der Reform muss es sein, einheitliche Anlaufstellen für Notfallpatientinnen und Notfallpatienten als integrierte Notfallzentren zu schaffen. Diese sollte an oder in einem Krankenhaus angesiedelt sein und rund um die Uhr für die Notfallversorgung zur Verfügung stehen. Die Trägerschaft und Kooperationsform der integrierten Notfallzentren ist flexibel auszugestalten, so dass sie durch die jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), die Krankenhäuser selbst, aber auch durch Kommunen und Ärztenetzwerke betrieben werden können. Dazu muss der Sicherstellungsauftrag der KV modifiziert werden. Entsprechende Gesetze sind dringend zu erarbeiten und zu verabschieden.
  - b. Wichtig ist, dass die Verantwortungen klar geregelt und zugeordnet werden, damit sie auch eingefordert werden können. Auf der Landesebene sind gemeinsame Ausschüsse der Krankenkassen, der KV, der Rettungsdienste und der Krankenhausgesellschaft zu gründen oder bestehende Gremien zu nutzen, um zu diesen klaren Regelungen zu kommen.
  - c. Die Koordinierung präklinischer Notfalleinsätze bei lebensbedrohenden Störungen und die Beratung über geeignete Bereitschaftseinrichtungen für nicht lebensbedrohliche Beschwerden außerhalb der Praxiszeiten sollte von qualifizierten integrierten Notruf-Leitstellen mit einheitlicher Rufnummer durchgeführt werden.
  - d. Dringend benötigt wird eine einheitliche sektorenübergreifende, kostendeckende Vergütung für präklinische, ambulante und stationäre Notfälle. Wichtig ist es außerdem, die Ausbildung und Weiterbildung des benötigten Fachpersonals zu verstärken und kostendeckend zu finanzieren.

- e. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern, von alten Menschen und von psychisch Kranken sind bei der Ausgestaltung der Notfallstrukturen zu berücksichtigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der aktuellen Fortschreibung des Krankenhausplans ein besonderes Augenmerk auf die bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Notfallversorgung zu legen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

### **Nr. 19/1153**

#### **Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte**

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2018  
(Drucksache [19/1697](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1154**

#### **Beitrag zur Stärkung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung leisten, echte Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte umsetzen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1878](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 8. November 2018  
(Drucksache [19/1907](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um die Wahlmöglichkeit für Beamtinnen und Beamte bei der Krankenversicherung in Anlehnung an das „Hamburger Modell“ (Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 16. Mai 2018, Drucksache 21/11426) ab dem 1. Januar 2020 einzuführen, für Anwärtinnen und Anwärter soll diese Wahlmöglichkeit schon bei Einstellungsterminen im Jahr 2019 gelten;
2. darüber hinaus dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 31. März 2019 einen Bericht vorzulegen, ob, wie und mit welchen finanziellen Auswirkungen sich ein einheitliches Dienstrecht für neueinzustellende Angestellte und Beamte hinsichtlich des Beitritts zur gesetzlichen Krankenversicherung schaffen lässt;
3. die anfallenden Kosten in der neu aufzustellenden Finanzplanung und in der Haushaltsaufstellung 2020/2021 zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 19/1155**

### **Insekten schützen – Pestizide verbieten!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 28. Juni 2018  
(Drucksache [19/1739](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den Einsatz von insektenschädlichen chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf öffentlichen Grünflächen, Grundstücken und öffentlichen Liegenschaften in Bremen und Bremerhaven schnellstmöglich zu verbieten;
2. geeignete Beratungsinstrumente zur Förderung der Biodiversität zu schaffen, die die Landwirte insbesondere darin unterstützen, auf einen Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden bei der Grünlanderneuerung weitestgehend zu verzichten;
3. sich auf Bundesebene für ein schnelles, dauerhaftes Verbot von insektengefährdenden chemisch-synthetischen Pestiziden einzusetzen;

4. öffentliche Flächen wie Parks, kommunale Friedhöfe und Verkehrsinseln möglichst mit einheimischen insektenfreundlichen Blumen und schmetterlings- und raupenfreundlichen Futterpflanzen und Wildstauden zu begrünen;
5. im Rahmen der bereits vorhandenen Informationsangebote des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr insbesondere auch über das insektenfreundliche Gärtnern und die positiven Auswirkungen von insektenfreundlichen heimischen Bäumen und Pflanzen für private Gärten zu informieren;
6. zu prüfen, wie die Schaffung sogenannter „Insektenhotels“ und anderer Insektenlebensräume auf öffentlichen Flächen darüber hinaus immateriell gefördert werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 19/1156**

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Zur Situation der Lehrkräfte für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an den Schulen in Bremen und Bremerhaven  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 28. Juni 2018  
(Drucksache [19/1738](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 7. August 2018  
(Drucksache [19/1764](#))
2. Berufs- und Studienvorbereitung an Bremer Schulen verbessern  
Antrag der Fraktion der CDU vom 20. Juli 2018  
(Drucksache [19/1753](#))
3. Konzept „Beitragsfreiheit in Kindergartengruppen im Land Bremen“  
Mitteilung des Senats vom 7. August 2018  
(Drucksache [19/1763](#))
4. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus  
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017  
(Drucksache [19/1450](#))
5. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung  
vom 7. August 2018  
(Drucksache [19/1765](#))

6. Anbieterkreis für Unterstützungsleistungen im Alltag ausweiten –  
Pflegebedürftige und Angehörige entlasten!

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 14. August 2018  
(Drucksache [19/1767](#))

7. Bremisches Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmäler  
(Bremisches Denkmalschutzgesetz - BremDSchG)

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018  
(Drucksache [19/1754](#))  
2. Lesung

8. Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der  
Armutsschwelle

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 17. August 2018  
(Drucksache [19/1773](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1842](#))

9. Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 21. August 2018  
(Drucksache [19/1778](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1818](#))

10. Bremen braucht einen Masterplan Dienstleistungen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 1. November 2018  
(Neufassung der Drucksache [19/1780](#) vom 21. August 2018)  
(Drucksache [19/1892](#))

11. Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. August 2018  
(Drucksache [19/1790](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. November 2018  
(Drucksache [19/1905](#))

12. Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“ zulassen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1798](#))
13. Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1799](#))
14. Soziale Ungleichheit abbauen – Wirkung von Tarifverträgen stärken,  
Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern!  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1804](#))
15. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 20. Juni 2017  
(Drucksache [19/1131](#))
16. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz  
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 3. September 2018  
(Drucksache [19/1807](#))
17. Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst abschaffen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 4. September 2018  
(Drucksache [19/1810](#))
18. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft –  
kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 19. Januar 2017  
(Drucksache [19/910](#))
19. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft –  
Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und  
Geschäftsordnungsausschusses  
vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1815](#))
20. Was machen die Banken und Versicherungen eigentlich mit meinem  
Geld? Transparenz des Finanzwesens erhöhen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1816](#))



21. „Solidarische Ökonomie“ stärken  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 12. September 2018  
(Drucksache [19/1820](#))
22. Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“  
Mitteilung des Senats vom 11. September 2018  
(Drucksache [19/1821](#))
23. Bericht zum Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“  
Mitteilung des Senats vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1827](#))
24. Open-Library-Konzept für das Land Bremen – neue technische Möglichkeiten nutzen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. September 2018  
(Drucksache [19/1832](#))
25. Erweiterte Nutzungszeiten für wissenschaftliche Bibliotheken ermöglichen!  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. September 2018  
(Drucksache [19/1833](#))
26. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes – Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG)  
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU  
vom 20. September 2018  
(Drucksache [19/1837](#))  
1. Lesung
27. Mehr Ausbildungsplätze ermöglichen: Allgemeine Ausbildungsfonds im Land Bremen jetzt auf den Weg bringen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 21. September 2018  
(Drucksache [19/1838](#))
28. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2018  
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1839](#))
29. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2018  
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1840](#))

30. Personalbericht 2018 – Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2016  
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018  
(Drucksache [19/1841](#))
31. Clankriminalität entschlossen bekämpfen  
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)  
vom 27. September 2018  
(Drucksache [19/1849](#))
32. Pflegenotstand verhindern – Unterbesetzung auflösen – Fachkräftelücke im Gesundheitswesen nachhaltig schließen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 27. September 2018  
(Drucksache [19/1850](#))
33. Bremerhavens Wirtschaft braucht eine Kaje an der Westseite des Fischereihafens  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 11. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1856](#))
34. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 17. April 2018  
(Drucksache [19/1622](#))
35. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen  
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1857](#))
36. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten  
Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1859](#))
37. Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen - Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 19. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1867](#))
38. Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für Geflüchtete ermöglichen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 22. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1870](#))

39. Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande zum Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 23. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1877](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4529.) Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz  
(Vorlage 2486/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2486/19 die beiliegende „Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“ mit Wirkung zum 17. Dezember 2018 und bittet die Senatorin für Finanzen, diese im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen zu veröffentlichen.
2. Der Senat überträgt die Aufgabe der zentralen Beschwerdestelle gemäß der Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Diskriminierung dem Kompetenz-Center Personalrecht im Geschäftsbereich der Senatorin für Finanzen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, eine Regelung zur Umsetzung der Vorgaben zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz auch für Beteiligungsgesellschaften, an denen die FHB mehrheitlich beteiligt ist, zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Verpflichtung zur Einhaltung dieser Regelung in das Handbuch „Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen“ aufzunehmen und in geeigneter Form gesellschaftsrechtlich umzusetzen.

- 4530.) "Potenziale der Binnenschifffahrt stärker nutzen"  
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 2487/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen vom 12.11.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 12.11.2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 18.09.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4531.) Anmietung von Flächen für die Polizei Bremen am Bahnhofsplatz 14  
(Vorlage 2488/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2488/19 der Anmietung von Flächen am Bahnhofsplatz 14 zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Inneres die erforderlichen Beschlüsse zur Erteilung der Verpflichtungsermächtigung im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.
3. Der Senat bittet den Senator für Inneres für die in 2019 voraussichtlich entstehenden Anmietungskosten eine Lösung innerhalb des Produktplanbudgets zu entwickeln und diese dem Senat bis zum 28. Februar 2019 vorzulegen.

- 4532.) Entwurf einer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der gerichtlichen Verfahren in Landwirtschaftssachen (Vorlage 2489/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2489/19 die Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der gerichtlichen Verfahren in Landwirtschaftssachen sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen mit der Maßgabe folgender Änderung:

- In § 2 des Verordnungsentwurfs wird das Wort „Ihrer“ ersetzt durch das Wort „ihrer“.

- 4533.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020: FuE-Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT (Vorlage 2490/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 20. November 2018 aus.

- 4534.) Leitbild und Kriterien der Bürgerbeteiligung in der Stadt Bremen (Vorlage 2491/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2401/19 das Leitbild der Bürgerbeteiligung in Bremen zur Kenntnis und bittet die Ressorts, dafür Sorge zu tragen, dass die dort aufgeführten Kriterien beachtet und umgesetzt werden.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „Leitbild und Kriterien der Bürgerbeteiligung in Bremen“ der Satz nach der ersten Aufzählung wie

folgt formuliert wird: „Darüber hinaus sollen nachfolgende Kriterien gelten, die komplexe Bürgerbeteiligungsverfahren erfordern:“

4535.) "Unterbringung von hochgradig dementiell erkrankten Menschen im Land Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 2492/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2492/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4536.) "Ist Bremen für den Brexit ausreichend gewappnet?"  
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 2493/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2493/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 23.10.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4537.) "Heranwachsende junge Frauen mit Jugendhilfebedarf"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 2494/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 12.11.2018)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom

12.11.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4538.) 21. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau an die Bürgerschaft (Landtag) über die Tätigkeit vom 01. Januar 2016 bis 31. Dezember 2017 (Vorlage 2495/19)

---

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2495/19 den Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

Im 21. Tätigkeitsbericht der ZGF werden unter „Täter-Opfer-Ausgleich bei Häuslicher Gewalt“

- im zweiten Absatz, zweiter Satz die Worte „Verfahren zur Vermeidung von Strafverfahren“ ersetzt durch die Worte „Instrument der Konfliktschlichtung“;
- im zweiten Absatz, letzter Satz nach dem Wort „wünscht“ die Worte „und Geschädigte und Beschuldigte noch oder wieder in einer Paarbeziehung leben“ ergänzt.

4539.) Erneute Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk (Vorlage 2496/19 und Neufassung der Vorlage des Senatorin für Finanzen vom 02.11.2018)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 2. November 2018, dass Bremen einen

Gesetzesantrag zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk als Mit Antragsteller im Bundesrat mit einbringt.

- 4540.) "Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?"  
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD)  
(Vorlage 2497/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 27. November 2018 aus.

- 4541.) Gesetzesinitiative des Bundesrates zur Änderung von § 117 Abs. 2 BetrVG  
"Interessenvertretung für fliegendes Personal"  
Hier: Mit Antragstellung des Landes Bremen  
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 08.11.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt, entsprechend der Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 08.11.2018, dass Bremen den Gesetzesantrag des Bundeslandes Berlin an den Bundesrat zur Erleichterung der Bildung betrieblicher Interessenvertretungen für im Flugbetrieb beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Luftfahrtunternehmen (Änderung von § 117 Abs. 2 BetrVG) als Mit Antragsteller unterstützt.